

Krach um Basler Fluglärmkommission

Führungsloses Gremium Parlamentarier bemängeln oft die Arbeit des Beirats. Streitpunkt diesmal: das Nachtflugverbot. Nun gehen beide Basel über die Bücher – und suchen ein neues Präsidium.

Simon Bordier

Es hagelt Kritik an der Fluglärmkommission (FLK): «Vorschnell» äussere sie sich zur Wirksamkeit neuer Massnahmen zur Lärmreduktion am Euro-Airport; «störend» sei, wenn sie «Prognosen als Tatsachen verkauft».

So steht es im jüngsten Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Uvek) des Basler Grossen Rats. Die Schelte an die Adresse der FLK, die den Regierungen beider Basel mit jährlichen Berichten zur Lärmsituation zudient, reiht sich ein in eine Reihe von Rügen, Misstrauensvoten und Verunglimpfungen. Der Baselbieter Landrat hat FLK-Berichte in der Vergangenheit schon als «zahnlosen Tiger» ablehnend zur Kenntnis genommen.

So weit geht die Basler Uvek nun nicht. Sie empfiehlt dem Grossen Rat den einschlägigen Bericht zur Kenntnisnahme – und rechnet zugleich mit der FLK ab, insbesondere mit deren Haltung zum erweiterten Nachtflugverbot. Dieses hatte nämlich nach der Einführung im Februar 2022 nicht die erwünschte Wirkung: Trotz des Verbots geplanter Starts ab 23 Uhr (statt wie bisher 24 Uhr) hoben weiterhin viele Flugzeuge zu dieser vorgerückten Stunde ab; in der ersten Viertelstunde nach 23 Uhr kam es gar zu einer Konzentration startender Maschinen.

Man definiere «Start»

Ein Grund dafür ist, dass Airlines bei Verspätungen, die nicht selbst verschuldet sind, Ausnahmegewilligungen erhalten. Der andere Grund: Die französischen Behörden, die am Flughafen zuständig sind, verstehen unter dem Startzeitpunkt den Moment, in dem das Flugzeug von seinem Standplatz zurückgestossen wird («heure bloc»). Bis die Maschine zur Piste gelangt und abheben kann, vergehen nochmals zehn, fünfzehn oder mehr Minuten. Sprich: Der effektive Start («heure piste») erfolgt bisweilen erst nach 23 Uhr.

Manche Airlines haben sich den Spielraum zunutze gemacht: Flüge, die bis anhin zwischen 23 Uhr und Mitternacht eingeplant waren, wurden auf die Zeit zwischen 22 und 23 Uhr vorverlegt – mit entsprechendem Anstieg der Lärmemissionen zu der Uhrzeit. «Deshalb hat die Fluglärmbelastung nach 23 Uhr nicht



Der Euro-Airport zählt wieder fast so viele Passagiere wie im Rekordjahr vor der Pandemie. Archivfoto: Euro-Airport

im erwarteten Ausmass abgenommen, sondern liegt an den meisten Messstationen wieder auf dem Niveau der Jahre vor Corona», konstatiert die Uvek.

Man erachte es für den Euro-Airport «als eher peinlich, wenn der Fluglärm trotz von ihm angekündigten Verbesserungen nicht abnimmt», heisst es weiter. Das Konzept leide unter einem «Konstruktionsfehler».

Die Uvek nimmt auch die FLK ins Visier. Diese habe in einem früheren Rapport geschrieben, mit dem neuen Verbot werde der nächtliche Fluglärm signifikant reduziert. «Die Realität hat leider das Gegenteil bewiesen: Die Werte liegen 2022 nicht unter jenen des letzten Jahres vor Corona», hält die Uvek fest. Unterschrieben wurde der FLK-Bericht von der damaligen Präsidentin Brigitte Heilbronner, die seit Sommer 2023 nicht mehr für die Kommission tätig ist.

«Leider» habe man im Jahr 2022 eine Konzentration der Überflüge im Zeitraum zwischen 23 und 23.15 Uhr feststellen müssen, schreibt sie. Dies betreffe vor allem den dicht besiedelten Schweizer Raum südlich des Flughafens. Laut Heilbronner

stellte die generelle Zunahme des Flugverkehrs 2022 eine Herausforderung dar. «Bei höherem Verkehrsaufkommen sind Starts und Landungen gleichzeitig in Richtung Norden viel eingeschränkter möglich», erklärt sie. Die generelle Nordausrichtung in der Nacht lasse sich dann nicht mehr im gleichen Ausmass wie früher einhalten. Was die Startregelung gemäss «heure bloc» statt «heure piste» angehe, so finde die FLK diese auch «unbefriedigend». So stehe es auch im Bericht. «Allerdings geben die französischen Zivilluftfahrtbehörden die Umsetzungsbedingungen vor.»

«Erwartungen zu hoch»

Zum Misstrauen, das Kantonsparlamente der Kommission entgegenbringen, schreibt Heilbronner: «Die FLK steht schon seit Jahren immer wieder in der Kritik, weil meines Erachtens die Erwartungen in das, was die FLK bewirken kann, zu hoch sind.»

Die 14-köpfige FLK sei eine beratende Kommission, in der unterschiedliche Interessengruppen vertreten seien. «Sie ist nicht politisch – wünschte man sich eine politische Kommission, müsste sie anders zusammenge-

setzt sein.» Allerdings wäre auch dann ihr Handlungsspielraum «nicht viel grösser», glaubt Heilbronner. Zurzeit ist das Präsidium der FLK vakant, das Vizepräsidium muss einspringen. Womöglich wird das Gremium auch mit Blick auf ihre Beraterfunktion für Basel-Stadt und Baselland neu ausgerichtet.

Beim Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt in Basel-Stadt heisst es: Mit der Neuwahl des Präsidiums werde auch «der Auftrag der FLK als beratende Kommission der beiden Regierungen geklärt». Details werden keine genannt. Änderungen an der Zusammensetzung der Kommission seien aber nicht vorgesehen. Diese diene auch der «transparenten Information» und dem «Dialog» zwischen Bevölkerungsvertretern, den Behörden, Airlines am Euro-Airport und dem Flughafen selber.

Flughafendirektor Matthias Suhr erklärte im Dezember dieser Zeitung zum neuen Nachtflugregime: «Wir haben früh erkannt, dass wir in der ersten Viertelstunde nach 23 Uhr ein Problem haben und es angehen müssen.» Man habe die Airlines seitdem aufgefordert, ihre Flüge

nochmals freiwillig vorzuverlegen. Zudem seien die Lärmgebühren «drastisch» erhöht worden.

Die Uvek bleibt skeptisch. Es müsse sich erst zeigen, ob die höheren Gebühren zu weniger Starts und weniger Lärm in den späten Abendstunden führten, schreibt sie. Dem stehe nämlich das Businessmodell vieler Billig-Airlines am Euro-Airport entgegen: Um rentabel zu sein, müssten die Flugzeuge eine gewisse Zahl an Flügen pro Tag von und nach Basel absolvieren – auch zu Randzeiten. Ein Teil der Kommission erkennt darin den Kern des Problems.

Der Baselbieter Landrat drängt auf ein Startverbot ab 22.45 oder 22.30 Uhr, wie er in einem Beschluss von Anfang Jahr festhält. «Immerhin wird aber bereits jetzt für Abflüge ab 22 Uhr eine hohe Gebühr verlangt – notabene die höchste in Frankreich», vermerkt er positiv. Den Bericht zur Verminderung der Fluglärmbelastung hat das Baselbieter Parlament diesmal einstimmig angenommen. Obwohl sich die vorbereitende Kommission «konsterniert» darüber zeigt, «wie klein der Verhandlungsspielraum für Verbesserungen ist».

Co-Gründer von Radicant geht

BLKB-Tochter Die Radicant verkleinert die Geschäftsleitung von sechs auf fünf Personen. Das gibt die Tochter der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB) in einer Mitteilung bekannt. Co-Gründer und Chief Product Officer (CPO) Rouven Leuener verlasse die Bank per Ende Mai auf eigenen Wunsch. Die Bereiche «Produkte-Entwicklungen» und «Innovationen» werden künftig direkt in den Business-Funktionen verantwortet. «Nach sechs Monaten im Markt befinden wir uns in einer Transformation», sagt Marco Primavesi, Verwaltungsratspräsident von Radicant.

Die Radicant blickt auf einen holprigen Start zurück. Erst Anfang April gab es Gerüchte über einen «einschneidenden Stellenabbau». In einem Bericht von «Inside Paradeplatz» war die Rede von jeder fünften Stelle. Die BLKB-Tochter hat dies bisher nicht bestätigt und sagte, es handle sich um externe Mitarbeiter, mit denen die Verträge nicht erneuert würden. (ith)

Er wird der neue CEO bei Bell

An GV vorgestellt An der Generalversammlung (GV) der Bell Food Group AG stellte Verwaltungsratspräsident Joos Sutter den neuen CEO des Unternehmens vor. Der bisherige CEO Lorenz Wyss tritt im Juni nach 13 Jahren zurück. Auf ihn folgt per 1. Juni Marco Tschanz.

In diesem Zusammenhang wird auch die Struktur des Geschäftsbereichs Bell International und die Zusammensetzung der Gruppenleitung angepasst, wie das Unternehmen gestern mitteilte. Im Geschäftsbereich Bell International wird das internationale Geflügelgeschäft (Division Hubers/Sütag) herausgelöst und als eigenständiger Geschäftsbereich geführt. Die restlichen Divisionen verbleiben im Geschäftsbereich, werden aber nach Ländern aufgeteilt. Der designierte CEO Marco Tschanz übernimmt gleichzeitig auch die Führung der Geschäftsbereiche Bell Schweiz und Hubers/Sütag. (ith)



Marco Tschanz übernimmt sein Amt per 1. Juni. Foto: PD

Doch keine Security vor Dreirosen-Schulhäusern

Kleinbasler Drogenhotspot Sicherheitspersonal sei lediglich eine Option, sagt die Basler Regierung nun.

Dealer, die selbst Zehnjährige ansprechen, und sexuelle Belästigung auf dem Schulweg – so schilderte die Sicherheitsdirektorin Stephanie Eymann die Situation in den Schulhäusern rund um die Dreirosenanlage im Januar. Schüler würden teilweise sogar auf den Schultoiletten von Dealern angesprochen, zitierte die Onlineplattform «Bajour» die Sicherheitsdirektorin.

Am sogenannten Drogenstammtisch, der vom Stadtteilsekretariat Kleinbasel und von «Bajour» organisiert wurde, kündigte Eymann Anfang Jahr Mass-

nahmen an, um die Situation in den Griff zu bekommen. Unter anderem sollten die Schulen rund um die Dreirosenanlage – es handelte sich wohl in erster Linie um die Primarstufe Dreirosen und die Sekundarstufe Theobald Baerwart – von Sicherheitspersonal bewacht werden.

Diese Aussage relativiert die Regierung nun. In einer Antwort auf eine Interpellation der Grünen-Grossrätin Fleur Weibel, die Transparenz bezüglich der Situation in den beiden Kleinbasler Schulen fordert, schreibt die Regierung, dass Sicherheitsper-

sonal lediglich eine Option sei. Konkret heisst es in der Antwort: «Die Positionierung von Sicherheitspersonal direkt vor oder in den Schulhäusern kann vorübergehend sinnvoll sein, wenn es zu Vorfällen auf einem Schulareal kommt, welche die unmittelbare Präsenz von uniformiertem Sicherheitspersonal erfordern.»

Zwar bestätigt die Regierung, dass es rund um die Schulareale immer wieder zu «Gewalt, bedrohlichen Situationen, Streit und Drogendeals» komme. Vorfälle auf dem Schulareal selbst habe es bisher – nebst «Verun-

reinigungen durch Spritzen, Müll oder Fäkalien» – wenig gegeben, schreibt die Regierung. Eine Person unter Drogeneinfluss habe sich im Schulhaus Dreirosen auf die Toilette begeben und habe von der Schulleitung weggeschickt werden müssen. Weiter berichtet die Regierung von einem «Entwendungsdiebstahl» im Lehrerzimmer.

Von Drogendeals auf den Schultoiletten, die laut «Bajour» am Drogenstammtisch Anfang Jahr zur Sprache kamen, ist in der Antwort der Regierung keine Rede. Hat die Sicherheitsdirekto-

rin damals übertrieben? «Ich habe am Drogenstammtisch die Situation auf der Dreirosenanlage so geschildert, wie sie ist. Die Situation auf der Dreirosenanlage spricht für sich und sollte weder dramatisiert noch beschönigt werden», so Stephanie Eymann auf Anfrage dieser Zeitung.

Bei Bedarf anforderbar

Zur Frage, ob man von Drogendeals auf den Schultoiletten Kenntnis habe, möchte sich Toprak Yerguz, Mediensprecher des Justiz- und Sicherheitsdepartements, nicht äussern.

Klar ist hingegen, dass auf den Schularealen bisher kein Sicherheitspersonal eingesetzt wurde. Dies bestätigt das Erziehungsdepartement auf Anfrage. «Schulleitungen können seit dem 1. April bei Bedarf punktuell einen privaten Sicherheitsdienst im Umfeld von Schulen anfordern», so Mediensprecher Gaudenz Wacker. In den ersten paar Tagen habe es dafür keinen Bedarf gegeben. Im Hinblick auf die steigenden Temperaturen sei man jedoch froh um die Möglichkeit.

Karoline Edrich